



Presseschau vom 11.04.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

De.sputniknews.com: Der Vorsitzende der Vereinigung „Schwedische Ärzte für Menschenrechte“, Marcello Ferrada, hat im Gespräch mit dem Fernsehsender RT erklärt, warum die Vorwürfe westlicher Länder gegenüber der syrischen Regierung bezüglich Chemieangriffen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit beweislos sind. Als eines der Beispiele für dieses Verhalten des Westens hat Ferrada den Chemieangriff von März 2015 in Sarmin genannt. Der sei durch internationale Organisationen und große Länder untersucht worden.

„Alle Beweise wurden sorgfältig von UN-Ausschüssen geprüft. Nach all den Untersuchungen kam man zu der Schlussfolgerung: Die von den USA und Großbritannien vorgelegten Beweise können nicht eindeutig belegen, dass chemische Waffen von syrischen Streitkräften verwendet worden waren“, so Ferrada.

Obwohl niemand nach all den Untersuchungen eine Verbindung zwischen dem Vorfall und der syrischen Regierung feststellen konnte, setzte man fort, die Schuld für jenen Angriff weiterhin auf den Präsidenten Baschar al-Assad zu schieben, so Ferrada weiter.

Nach der Befreiung der Stadt Aleppo von Terroristen verbreiten westliche Länder erneut Vorwürfe gegen die syrische Regierung. Und wieder seien sie unbewiesen, hieß es.

Der britische Politiker Boris Johnson hatte laut Medien zuvor gesagt, er habe alle Beweise, die bestätigen, dass Assad hinter dem Chemieangriff stehe. Keiner der Journalisten habe

dabei gefragt, was für Beweise das seien, sagte Ferrada.

NGOs, westliche Medien und Politiker beziehen sich nach den Angaben von Ferrada oft auf angebliche Augenzeugen. Diese seien aber fragwürdig, wenn man all die Details ihrer Geschichten betrachte.

Im März 2015 hatte Human Rights Watch Medien zufolge über eine angeblich von der syrischen Regierung durchgeführte Sarin-Gas-Attacke informiert. Als Beweis dafür seien zwei anonyme Quellen genannt worden. Einer der Augenzeugen stammte von der Organisation „Weißhelme“ (eine private Zivilschutzorganisation von Freiwilligen in Syrien) und er soll behauptet haben, dass er einen Hubschrauber fliegen gehört habe. Dabei sagte er, dass er ihn weder sehen noch auf Film bannen gekonnt habe, hieß es.

„Das ist sehr bemerkenswert, insbesondere wenn man auch bedenkt, dass sie (die angeblichen Zeugen von „Weißhelme“ – Anm. d. Red.) kurz danach ein Video von einer ‚Rettung‘ von angeblich in Folge dieses Angriffs verletzten Kindern aufgenommen haben“, so Ferrada.

Zuvor hatte das Portal The Indictor unter Verweis auf „Schwedische Ärzte für Menschenrechte“ berichtet, dass Vertreter von „Weißhelme“ die Rettung der angeblich verletzten Kinder in Syrien wohl möglich simuliert haben, um erschreckende Videoaufnahmen zu machen, hieß es.

av-zakharchenko.su: Das Oberhaupt der DVR hat am Runden Tisch zum Thema „Das humanitäre Programm zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass: Probleme und Perspektiven“ am 10. April in Donezk teilgenommen.

Alexandr Sachartschenko hörten den Berichten der Minister zu, die den grundlegenden Richtungen des Programms entsprachen: Gesundheitswesen, Bildung, soziale Hilfe, Kultur, Schaffung von Zentren für soziale Hilfe und administrative Dienstleistungen, ökologische Sicherheit.

„Interessant sind vor allem reale Ergebnisse. Wir verwirklichen dieses Programm weder für schöne Worte noch um etwas abzuhaken, es muss tatsächlich ein Rückhalt für unsere Menschen auf den noch nicht von uns kontrollierten Territorien werden. Dies ist ein erster Schritt zur Wiedervereinigung unseres Volkes. Deshalb möchte ich Fakten hören“, erklärte das Oberhaupt zu Beginn der Veranstaltung.

Nach den Berichten der Minister zu urteilen, hat das Programm recht erfolgreich begonnen. Bei der „Hotline“, die vom humanitären Zentrum eingerichtet wurde, sind etwa 3000 Anrufe von Bürger der DVR von den zeitweise nicht kontrollierten Territorien eingegangen. Ein Drittel aller Anfragen betraf Fragen medizinischer Behandlung. Zur Verwirklichung dieses Teils des Programms sind in den republikanischen Krankenhäusern 3500 Betten vorgesehen. Auf der Liste für schwierige Operationen für Implantate und Herzschrittmacher stehen sechs Patienten. Außerdem haben Donezker Krankenhäuser bereits drei Gebärende aus unterschiedlichen Städten „auf jener Seite der Front“ aufgenommen.

Keine geringere Nachfrage unter der Bevölkerung hat nach den Anrufen zu urteilen auch der Bildungsbereich. Hier sind in der DVR alle 18 Hochschulen und 50 Einrichtungen der mittleren Berufsbildung bereit sich zu beteiligen. Es wollen bereits Einwohner aus den Oblasten Charkow, Tschernowiza, Kiew, Lwow, Saporoshe und Odessa Studenten in der DVR werden. Wie das Bildungsministerium versichert, werden die Plätze für alle reichen: für Abiturienten aus der Ukraine sind im kommenden Studienjahr 1500 Plätze vorgesehen. Im Übrigen werden derzeit in der Republik mehr als 700 Studenten aus den nicht kontrollierten Territorien ausgebildet.

Die vier Zentren zur Leistung sozialer Hilfe und administrativer Dienstleistungen arbeiten im vollen Umfang. Das Oberhaupt wies die militärischen Behörden an, sich stärker mit der Frage der Sicherheit in der Nähe dieser Punkte zu befassen.

Besondere Aufmerksamkeit wird der ökologischen Sicherheit gewidmet. Gemeinsam mit internationalen gesellschaftlichen Organisationen führt das Zivilschutzministerium der DVR eine Analyse der Gefahr technologischer Katastrophen in den Industrieunternehmen der Ukraine durch. Wie Experten angemerkt haben, ist das Risiko eines Unglücks leider recht

hoch. Deshalb wird die Republik auf einem Monitoring gefährliche Produktionsbetriebe durch internationale Missionen bestehen. Die Arbeit in diese Richtung wird fortgeführt. Ein recht breites Maßnahmespektrum wird im kulturellen, sportlichen und wissenschaftlichen Bereich durchgeführt und geplant.

„Ich möchte etwas über das Wichtigste hören – wie läuft die Arbeit zur Leistung von Hilfe an unsere Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges“, fragte Alexandr Sachartschenko. Dem Staatsoberhaupt wurde erläutert, dass bereits elf Teilnehmer der Kämpfe und Kriegsinvaliden die Unterstützung im Umfang von 10.000 Rubel erhalten haben. Drei von ihnen sind selbst in die Zentren für soziale Unterstützung gekommen.

„Nun, das sind heldenhafte Menschen! Stellen Sie sich nur vor, wie alt sie sind, und sie schaffen es zum Ort der Ausgabe dieser Gelder zu kommen!. Ich höre nicht auf, verwundert und begeistert über die Standhaftigkeit und den Mut dieser Generation zu sein“, sagte das Oberhaupt.

Alexandr Sachartschenko unterstrich noch einmal die Wichtigkeit des humanitären Programms, seine ideologische und praktische Bedeutung für die Bürger der DVR.

„Verehrte Kollegen, ich will Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dass wir nicht fremden Menschen helfen. Dies ist unser Land, es sind unsere Landsleute, Brüder und Schwestern, das ist unser Volk. Wir müssen in vollem Maße die gesamte Verantwortung anerkennen, die bei uns für die Wiedervereinigung unseres Volks liegt. Diese Menschen befinden sich unter der Knute des Feindes, sie befinden sich auf besetzten Territorien. Ich will unterstreichen: noch besetzten Territorien. Wir sind einfach verpflichtet, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, selbst darüber hinaus, damit diese Menschen sich nicht im Stich gelassen fühlen. Wir sind ein Volk. Der Donbass ist ein Land. Für uns sind die Menschen gleich wichtig, ob in Mariupol, ob in Donezk. Ich bitte darum, dass Sie sich mit der vollen Verantwortung zu diesem Programm verhalten, mit dem Gefühl, dass Sie eine große heilige Sache tun“, sagte das Oberhaupt der DVR.

Ukrinform: Fast 90 Prozent der Ukrainer verzichten auf medizinische Versorgung, weil sie zu teuer ist.

Das sagte Regierungschef der Ukraine Wolodymyr Hrojsman auf einer Pressekonferenz zu einem Jahr der Regierung. „Wir müssen dieses System ändern und notwendige Reformen durchführen“, betonte er. Die Regierung schlage heute eine Reform vor, die klare Ergebnisse bringen könne.

Nach Worten von Hrojsman beträgt derzeit die durchschnittliche Lebenserwartung in der Ukraine 70 Jahre. Ziel der Gesundheitsreform sei eine Erhöhung der Lebenserwartung auf 78-80 Jahre.

De.sputniknews.com: Der britische Außenminister Boris Johnson, der seine für den 10. April geplante Moskau-Reise abgesagt hat, will nun nach eigenen Angaben mit den G7-Partnern die Verhängung neuer Sanktionen gegen russische und syrische Militärs erörtern.

„Russland hat die Wahl: auf der Seite der giftigen Regierung Assads zu bleiben oder zusammen mit den G7-Partnern an der politischen Regelung in Syrien zu arbeiten“, sagte Johnson gegenüber Journalisten am Montag in Italien, wo das Gipfeltreffen der G7-Außenminister stattfindet.

Der Minister betonte ferner, dass die Teilnehmer des Gipfels die Möglichkeit der Verhängung zusätzlicher Sanktionen besprechen würden, „vor allem gegen einige syrische und auch russische Militärs, die an der Koordinierung von syrischen Militäraktivitäten beteiligt waren“...

Dan-news.info: Der ukrainische Operator „MTS Ukraina“ (Vodafone) hat die Kontaktnummern der Organisatoren der Aktion „Unsterbliches Regiment“ in der DVR

blockiert, die auf der offiziellen Seite der gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Respublika“ veröffentlicht sind, wegen angeblich unrechtmäßiger Handlungen. Dies teilte heute der Pressedienst von „Molodaja Respublika“ mit.

„Der Operator „MTS“, das ist Vodafone, hat unsere Kontaktnummern blockiert, die auf der Seite der Organisation veröffentlicht sind, unter anderem für die Einwohner des von Kiew kontrollierten Territoriums des Donbass, die an der Aktion „Unsterbliches Regiment“, die am Tag des Sieges in Donezk stattfindet, teilnehmen wollen“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

In der gesellschaftlichen Organisation wurde erläutert, dass man sich wegen dieser Frage mit dem Operator in Verbindung gesetzt und die Antwort erhalten hat, dass die Nummern „aufgrund von unrechtmäßigen Handlungen“ gesperrt wurden. „Molodaja Respublika“ fügte hinzu, dass in der nächsten Zeit auf der Seite der Organisation in dem Teil „Unsterbliches Regiment“ eine Kommunikationsfunktion erscheinen wird. Jeder, der will, kann dort seine Telefonnummer angeben und die Koordinatoren der Aktion werden sich mit ihm auf jeden Fall in Verbindung setzen.

„Wir haben eine solche Niederträchtigkeit und Gemeinheit von der ukrainischen Seite nicht erwartet. Das unsterbliche Regiment ist eine Aktion, die alle Menschen vereint, die Erben des Großen Sieges sind. Ich finde es verwunderlich und erschreckend, dass es dagegen Widerstand gibt. Die ukrainische Regierung hat verboten, den Tag des Sieges zu begehen, jetzt versucht sie auch uns zu stören. Ich bin überzeugt, dass sie einfach vor den Menschen, die mit einer Idee, einer Geschichte vereint sind, Angst haben“, kommentierte der Vorsitzende von Molodaja Respublika das Geschehen.

Das „Unsterbliche Regiment“ ist eine gesellschaftliche Aktion, bei der die Teilnehmer bei einem Marsch Bilder ihrer Verwandten, Väter und Großväter, tragen, die auf den Kampffeldern der Jahre 1941-1945 gefallen sind, und von Veteranen, die nicht mehr leben. Die Aktion fand zuerst im Jahr 2012 in Tomsk statt. Danach hat sie sich immer weiter verbreitet. Die Aktion 2016 haben etwa 45 Mio. Menschen in Russland, Kasachstan, Weißrussland, Armenien, Abchasien, Transnistrien, Deutschland, Norwegen, den USA und einer Reihe weiterer Länder unterstützt.

De.sputniknews.com: Nach US-Angriff auf Shairat: Russland erwägt Ausbildung syrischer Flakschützen

Militärvertreter Russlands, des Iran und Syriens haben in einer gemeinsamen Erklärung eine gewaltsame Antwort auf „neue Aggressionsakte“ gegen Syrien versprochen, von wem diese auch immer unternommen werden mögen. Dies meldete Reuters am Sonntag unter Berufung auf das in Bagdad ansässige Koordinierungszentrum für Terrorbekämpfung.

„Amerika, das seine Aggression gegen Syrien richtete, hat damit die rote Linie überschritten. Seit diesem Zeitpunkt werden wir auf jeden beliebigen Aggressor und jegliches Überschreiten der roten Linie mit Gewalt reagieren. Und Amerika weiß, dass wir zu einer würdigen Antwort fähig sind“, zitierte Reuters die Erklärung.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat die Reuters-Meldung weder bestätigt noch zurückgewiesen.

Indes hatten die Präsidenten Russlands und des Iran, Wladimir Putin und Hassan Rouhani, am Sonntag in einem Telefongespräch auf „die Unzulässigkeit aggressiver Handlungen der USA gegen einen souveränen Staat in Verletzung der Völkerrechtsnormen“ verwiesen.

Nach Einschätzung vieler Militärexperten darf eine solche bewaffnete Antwort der Hauptverbündeten Syriens nicht symmetrisch sein. Denn ein Angriff mit Anti-Schiffs-Raketen auf US-Zerstörer würde eine drastische Eskalation des Konfliktes bis hin zum dritten Weltkrieg nach sich ziehen. Dennoch könnten Syriens Verbündete laut Experten etliche Defensivmaßnahmen ergreifen.

Wie der Chefredakteur der Zeitschrift „Nacionalnaja oborona“, Igor Korotschenko, zu Sputnik sagte, werden Russland und der Iran jetzt damit beginnen, das syrische Flugabwehrsystem mit neuen Technologien auszurüsten. „Die Syrer müssen es lernen, ihre strategisch wichtigen Objekte gegen solche Bedrohungen effektiv zu schützen.“

Die syrische Armee sei jetzt mit überholten Fla-Raketenkomplexen aus sowjetischer Produktion: S-75, S-125, „Kwadrat“, „Buk“ und mehreren Systemen S-200 WE ausgerüstet. Und die Möglichkeiten der syrischen Flugabwehr zum Abfangen niedrig fliegender Ziele (z. B. von Tomahawk-Marschflugkörpern) seien sehr beschränkt.

Laut Korotschenko kann die Kampfeffizienz der vorhandenen syrischen Waffen durch ihre Modernisierung erhöht werden. Der Experte schloss auch die „vietnamesische Variante“ nicht aus, wobei den vietnamesischen Flakschützen, die im Vietnam-Krieg (1970 bis 1975) von sowjetischen Instruktoren unterstützt wurden, die Hauptrolle bei der Abwehr des Gegners zukam.

Laut Korotschenko könnte die syrische Armee von russischen Militärs ausgebildet und dann moderne Waffen, solche wie Fla-Raketenkomplexe S-400 und Flugabwehrwaffen des im Mittelmeer eingesetzten russischen Schiffsverbandes, übernehmen.

De.sputniknews.com: Kiew plante 2014 Landeeinsatz zu Verhinderung von Krim-Referendum – Generalstabschef

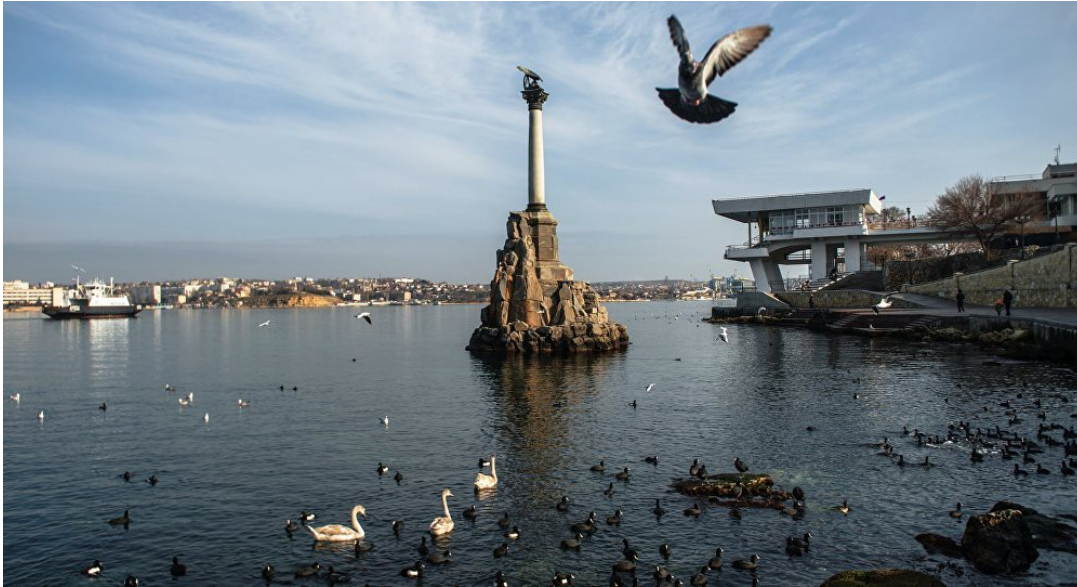
Die ukrainische Staatsführung hat Anfang März 2014 einen möglichen Landeeinsatz auf der Halbinsel Krim in Erwägung gezogen, um die Volksabstimmung über den Beitritt der Krim zu Russland zu verhindern. Dies berichtet die Zeitung „Ukrainskaja prawda“ unter Verweis auf den Generalstabschef der ukrainischen Streitkräfte, Wiktor Muschenko.

Muschenko hatte nach eigenen Angaben am 1. März 2014 zusammen mit dem Vizechef der Hauptabteilung Operatives der ukrainischen Armee, Wiktor Nasarow, eine Landeoperation als „Reaktion auf die Lage auf der Halbinsel“ vorgeschlagen. Ukrainische Soldaten hätten auf der Halbinsel landen, die Flugplätze erobern und die Gruppierungen der ukrainischen Armee dort verstärken sollen.

Es sei geplant worden, einen engen Landstreifen zwischen der Krim und der Halbinsel Kertsch zu besetzen und den Straßenverkehr auf den Straßen Simferopol — Sewastopol sowie Simferopol — Jalta zu sperren. „Auf diese Weise hätten wir den Zugang der russischen Einheiten zum Steppenteil der Krim blockieren können. Wir dachten, es sei eine Chance. Denn alle Militärobjekte an der Südküste waren bereits von den russischen Soldaten blockiert worden“, erläuterte Muschenko.

Am Abend desselben Tages seien Flugzeuge auf ukrainische Flugplätze geschickt worden, um Fallschirmjäger aufzunehmen. Allerdings hatte der damalige Generalstabschef Michail Kuzin nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine diese Entscheidung rückgängig gemacht.

Im März 2014 — nach gut zwei Jahrzehnten in der unabhängigen Ukraine — trat die Krim wieder Russland bei, nachdem die Bevölkerung der Halbinsel in einem Referendum mit mehr als 90 Prozent dafür gestimmt hatte. Anlass für das Referendum war der nationalistisch geprägte Umsturz im Februar 2014 in der Ukraine, bei dem die pro-westliche Opposition die Macht übernahm. Nach dem ukrainischen Staatsstreich und der Abspaltung der Krim hat die Nato ihre militärische Präsenz im Schwarzen Meer aufgestockt, neue Stützpunkte und Truppen in Osteuropa aufgestellt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31460/23/314602349.jpg>

Vormittags:

De.sputniknews.com: US-Präsident Donald Trump hat mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und der britischen Regierungschefin Theresa May den US-Angriff auf einen syrischen Militärflugplatz telefonisch besprochen. Das teilte der Pressedienst des Weißen Hauses am Dienstag mit. Sie sollen Washingtons Luftschlag unterstützt haben.

„Premierministerin Theresa May und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben das Vorgehen der USA begrüßt und auf die Wichtigkeit verwiesen, den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad für den mutmaßlichen Giftgasangriff zur Verantwortung zu ziehen“, heißt es.

Zudem hätte sich Trump mit May und Merkel verständigt, weiterhin Kontakte zu Syrien und anderen internationalen Fragen von beiderseitigem Interesse zu unterhalten....

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **viermal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurde das Gebiet von **Almasnaja, Frunse, Shelobok und Smeloje**. Es wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern geschossen.

Ukrinform: Die Außenminister der G7-Staaten werden während des Gipfeltreffens die Unterstützung für die Ukraine erörtern, erklärte man im Außenministerium von Kanada, berichtet der Ukrinform-Korrespondent.

„In diesem Jahr erörtern die G7-Außenminister eine Reihe von drängenden Fragen, unter denen die zunehmende Gewalt und der Einsatz von Chemiewaffen in Syrien sowie die Unterstützung der Souveränität der Ukraine sind“, entnimmt man der Meldung. Unter anderen Themen sind auch Migrationsströme, Klimawandel, Kampf gegen den IS, gewalttätiger Extremismus sowie Frieden und Sicherheit.

„Kanada ist entschlossen, die Schlüsselthemen, die Möglichkeiten der Bewältigung globaler Probleme und die Unterstützung des Mittelstandes mit den Partnern zu diskutieren. Unsere Arbeit wird im Jahr 2018 fortgesetzt, wenn Kanada den G7-Vorsitz zum sechsten Mal übernimmt“, sagte die kanadische Außenministerin Chrystia Freeland. Das G7-Gipfeltreffen findet gerade in Italien statt.

De.sputniknews.com: Syrien: Russland verspricht sofortige Reaktion bei Gefahr für seine Militäranlagen

Es ist nur wenig wahrscheinlich, dass sich Russland bei einem weiteren Angriff auf Syrien direkt einmischen wird, denn die Raketenabwehr der Republik ist imstande, der Gefahr selbst zu widerstehen, wie der Vizechef des Verteidigungsausschusses des russischen Parlamentsunterhauses, Juri Schwitkin, am Dienstag sagte.

Sollte es aber eine Gefahr für die russische Militärbasis oder russische Militärs in Syrien geben, werde Moskau unverzüglich reagieren.

„Ich halte eine direkte Einmischung Russlands in die Abwehr eines Angriffs für wenig wahrscheinlich. Die Maßnahmen, die nach dem ersten Raketenangriff unternommen wurden, sind aus meiner Sicht ausreichend“, sagte Schwitkin. In Syrien befinden sich aber auch russische Militäranlagen.

„Sollte für unsere Formationen eine Gefahr bestehen, so sollten sich Trump und seinesgleichen im Klaren sein, wozu dies führen kann“, so Schwitkin.

„Es wird hier natürlich keine Worte mehr geben, sondern reale Handlungen“.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„In der Nacht wurde die Stadt von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen, in der Folge wurde eine Hochspannungsleitung beschädigt und etwa 400 Häuser haben keine Stromversorgung“, teilte der Bürgermeister von **Dokutschajewsk** Alexandr Katschanow mit. Er fügte auch hinzu, dass Reparaturbrigaden bereit vor Ort sind. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen.

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueinstellung **64 Mal** verletzt“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Es wurden **15 Ortschaften der Republik** beschossen. Geschossen wurde mit Artillerie- und Panzergeschützen, Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern und Schusswaffen.

„Gegen 19:00 wurde **Trudowskije** beschossen. Auf der Amudarjinskaja-Straße 34 wurde ein direkter Treffer eines Geschosses auf das Dach eines privaten Hauses festgestellt, in der Beslesnaja-Straße 24 ist wegen eines Beschusses eine Sommerküche in Brand geraten, in der Mark-Osernyj-Straße wurde eine Stromleitung zerstört und in der Kantemirowskij-Gasse wurde zwischen den Häusern 3 und 7 eine Gasleitung beschädigt“, teilte der Leiter der Bezirksverwaltung des **Petrowskij-Bezirks von Donezk** Maxim Shukowskij mit.

Außerdem wurde gestern Abend auch der nördliche Teil von Donezk beschossen. Nach den Worten des Leiters des **Kiewskj-Bezirks** Walentin Lewtschenko wurde dort aufgrund von Beschüssen die Siedlung Donezk Sewernyj vom Strom abgeschnitten. „Inzwischen haben die Reparaturbrigaden mit der Beseitigung der Folgen der Störung begonnen“, sagte der Leiter der Bezirksverwaltung.

De.sputniknews.com: Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat nach eigenen Angaben Hinweise darauf, dass Warlords der Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) Terroranschläge in Russland im Stil der jüngsten Attacken in Sankt Petersburg, Stockholm oder Ägypten planen.

„Wir bekommen eine große Menge operativer Informationen, die darauf hinweisen, dass Chefs der im Nahen Osten operierenden Terrormilizen des sogenannten ‚Islamischen Staates‘ Terroranschläge in verschiedenen Teilen der Welt planen, darunter auch in der Russischen Föderation“, sagte Bortnikow am Dienstag während einer Sitzung der russischen Anti-Terror-Behörde NAK in Moskau.

Er sprach sich für verstärkte Grenzkontrollen aus, um das Eindringen der Terroristen nach Russland zu verhindern.

Ukrinform: Die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs bezüglich der Klage der Ukraine gegen die Russische Föderation soll am 19. April gefällt werden, geht aus der Erklärung des Gerichtshofs hervor.

„Die öffentliche Sitzung findet um 15:00 Uhr im Friedenspalast in Den Haag statt. Der Richter Ronny Abraham, der Präsident des Gerichtshofs, wird die Entscheidung des Gerichts verkünden“, so die Meldung.

Die Gerichtsverhandlung soll weiter dem Bericht zufolge live auf der Website des Gerichtshofs sowie online auf dem UN-TV-Kanal übertragen werden.

Am 16. Januar hatte das ukrainische Außenministerium Russland vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen der Verletzung des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus und des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von Rassendiskriminierung durch Russland verklagt.

Dnr-online.ru: Wie der Pressedienst des Transportministeriums mitteilt, hat das staatliche Unternehmen Donezker Eisenbahn im 1. Quartal 2017 etwa 220.000 Passagiere befördert. Gemäß den statistischen Daten haben von Januar bis März 2017 219.709 Menschen (+ 38% im Vergleich zum 1. Quartal des letzten Jahres) die Transportdienste der Eisenbahn in Anspruch genommen. Dabei wurden 135.859 Menschen mit Anspruch auf Ermäßigung befördert, was 62% der Gesamtzahl ausmacht.

Der größte Teil der Passagiere – 191.919 – hat den Nahverkehr benutzt, davon hatten 70% einen Anspruch auf Ermäßigung.

Den Fernverkehr haben 27.790 Passagiere genutzt, davon hatten 5% einen Anspruch auf Ermäßigung.

Wir merken an, dass in der Republik derzeit 37 Nahverkehrszüge auf verschiedenen Strecken fahren, zwei Fernverkehrszüge fahren auf der Strecke Jasinowataja-Lugansk und Jasinowataja-Uspenskaja.

De.sputniknews.com: Kiew will „gestohlene“ Donbass-Kohle konfiszieren

Die Ukraine will die in den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk geförderte Kohle beschlagnahmen. Das sagte die Vertreterin des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko in der Werchowna Rada (Parlament), Irina Luzenko, am Dienstag gegenüber dem TV-Sender „112 Ukraina“.

Laut Luzenko wird die Kohle von den nicht von Kiew kontrollierten Bergwerken nach Russland transportiert und danach als russische Kohle an die Ukraine verkauft.

„Sie haben gestohlen – wir konfiszieren es“, lautet der Vertreterin des ukrainischen Staatschefs zufolge etwa Kiews prinzipielle Position.

Indes präzisierte sie nicht, wie dies umgesetzt werden sollte.

Ihr zufolge wird Poroschenko diese Frage in der nächsten Sitzung des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates aufwerfen.

Die Ukraine erlebt zurzeit Energieprobleme, die aus der Blockade der selbsternannten Republiken durch Kiew resultieren. Die meisten ukrainischen Kohlegruben befinden sich gerade in diesen Regionen. Wegen der Blockade sahen sich Donezk und Lugansk

gezwungen, Betriebe auf ihrem Territorium unter Zwangsverwaltung zu stellen. Das Ministerkabinett in Kiew hatte am 15. Februar Notmaßnahmen im Energiebereich angekündigt, die am 16. März um einen weiteren Monat verlängert wurden. Die Nationalbank der Ukraine hat die BIP-Prognose für 2017 von 2,8 Prozent auf 1,9 Prozent herunterkorrigiert.

Eine Gruppe ehemaliger Teilnehmer an der Militäroperation im Donbass, darunter Rada-Abgeordnete, hatten Ende Januar aus Protest gegen die Handelsbeziehungen mit den „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk die Güterbahnstrecke auf dem von Kiew kontrollierten Territorium des Gebietes Lugansk blockiert. Später wurden auch zwei Bahnstrecken im Gebiet Donezk gesperrt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30400/05/304000538.jpg>

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Leipzig: Terrorverdächtiger soll doch Anschlag auf russische Botschaft geplant haben

Die Dresdner Staatsanwaltschaft hat laut Focus Online nun bestätigt, dass der bei einem Anti-Terror-Einsatz in einer Flüchtlingsunterkunft bei Leipzig gestellte Mann einen Anschlag auf die russische Botschaft in Berlin geplant haben könnte. Die Staatsanwaltschaft gehe „von einem potenziellen Ziel russische Botschaft in Berlin“ aus, hieß es.

Der Verdächtige, ein 24-jähriger Marokkaner, befindet sich seit Samstag im Polizeigewahrsam. Gegen ihn wird wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat ermittelt. Ein Haftbefehl sei bislang nicht erlassen worden.

Am Dienstagvormittag konnte die Staatsanwaltschaft Dresden die Medieninformationen, der Marokkaner Mohammed B.-H. sei wegen eines geplanten Anschlags auf die russische Botschaft in Berlin festgenommen worden, auf Sputnik-Anfrage nicht bestätigen.

Dem 24-Jährigen wird zudem zur Last gelegt, für eine Bombendrohung gegen eine Berufsschule in Borsdorf bei Leipzig verantwortlich zu sein. Das Schulzentrum war Anfang Februar geräumt worden. Sprengstoff wurde damals nicht gefunden.

Dan-news.info: „Heute um 11:00 sind Reparaturbrigaden in das Gebiet von Jelenowka zur Durchführung von Reparaturarbeiten an Stromlinien gefahren. Aber im Zusammenhang damit, dass die Vertreter der ukrainischen Seite im gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination keine Garantie zur Einhaltung des „Regimes der Ruhe“ von Seiten der ukrainischen Streitkräfte geben konnten, mussten die Reparaturarbeiten verschoben werden“, teilte das operative Kommando der DVR mit.
Nach Angaben des Kommandos ist ein weiterer Versuch für Mittwoch, den 12. April geplant.

De.sputniknews.com: Milliarden Euro, die europäische Verbraucher in den Gastransit über die Ukraine investiert hatten, sind verschwunden, sagte der Chef des deutschen Öl- und Gasproduzenten Wintershall, Mario Mehren, im Interview mit der russischen Zeitung „Wedomosti“.

Mehren wisse zwar nicht genau, wohin dieses Geld geflossen sei, aber sei überzeugt, dass jenes gewiss nicht in die Modernisierung des Gaspipeline-Systems in der Ukraine gesteckt worden sei. Dabei betonte er, dass die technischen Werte des ukrainischen Gaspipeline-Systems niedrig seien...

De.sputniknews.com: Außenpolitiker: Kein russischer Waffeneinsatz gegen US-Raketen in Syrien

Russland hat laut Wladimir Dschabarow, erster Vizechef des auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates, nicht vor, seine Luft- und Weltraumstreitkräfte gegen US-Raketen einzusetzen, sollte sich Washington zu neuen Raketenangriffen gegen Syrien entschließen. Die USA müssen aber bei der Lösung des Syrien-Problems ihre Ambitionen und Emotionen beiseitelegen, sagte er am Montag in Moskau.

„Wir dürfen uns nicht in eine militärische Konfrontation einbeziehen lassen, darin steckt die Gefahr eines groß angelegten Krieges“, fügte der Außenpolitiker des russischen Parlamentsoberhauses hinzu.

Zuvor hatte der Pressesprecher des Weißen Hauses, Sean Spicer, gesagt, die USA schließen neue Luftschläge gegen Syrien bei neuen C-Waffen-Angriffen nicht aus.

Washington „muss von seinen Ambitionen Abstand nehmen und sich keinen Emotionen“ in dieser Frage hingeben, so Dschabarow. „Insbesondere sollte die Tochter des US-Präsidenten ihren Emotionen keinen freien Lauf lassen.“

Wie die „Sunday Times“ am Vortag mitgeteilt hatte, habe die Reaktion von Ivanka Trump, Tochter von US-Präsident Donald Trump, auf die Berichte über den C-Waffen-Einsatz im syrischen Idlib den Entschluss der US-Führung beeinflusst, einen Raketenangriff gegen Syrien zu unternehmen. Nach der Ausführung des Raketenschlags schrieb Ivanka Trump, sie sei stolz auf den Entschluss ihres Vaters.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 64 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Das Territorium der Republik wurde mit schwerer Artillerie, Panzern, Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzern, Schützenpanzerwagen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Der Gegner beschießt das Territorium des **Awdejewker Gewerbegebiet, Dokutschajewsk, Sachanka, das Gebiet des Flughafens und den Petrowskij-Bezirks von Donezk** weiter mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen.

Schwere Artillerie, Panzer und Mörsermannschaften der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte haben auf Dokutschajewsk 87 Artilleriegeschosse, 6 Panzergeschosse und 183 Mörsergeschosse abgeschossen, in der Folge wurden zwei

Wohnhäuser in der Lenin-Straße 86, Wohnung 56, und in der Zentralnaja-Straße 79 beschädigt.

Die Terroristen der 92. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte haben auf den Petrowskij-Bezirk von Donezk 16 Mörsergeschosse abgeschossen und dabei zwei weitere Wohnhäuser in der Amudorinskaja-Straße 34 und der Beslesnaja-Straße 24 beschädigt. Außerdem führen Einheiten der Nationalisten und der ukrainischen Streitkräfte die täglichen Beschüsse des Awdejewker Gewerbegebiets und des Gebiets des Donezker Flughafens fort und schießen dabei mit Mörsern aus dem Verantwortungsbereich der 46. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte heraus.

In der Folge der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde **ein Soldat der Volksmiliz der DVR verletzt**.

Das Pressezentrum des Stabs der ATO hat Informationen veröffentlicht, dass ein Offizier einer der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte gezwungen war, seine Dienstwaffe gegen eine Gruppe betrunkenen Soldaten anzuwenden, die sich weigerten, einen Befehl durchzuführen und sich aggressiv aufführten. In der Folge wurde ein Soldat mit Schussverletzungen in das Krankenhaus von Artjomowsk eingeliefert. Wir haben eine eigene Ermittlung zu dem Geschehen durchgeführt.

Tatsächlich hat sich die genannte Tatsache bestätigt. Wir verfügen über einige Einzelheiten, die das ukrainische Kommando versucht zu verheimlichen. Insbesondere hat nach unseren Informationen eine Gruppe von 25 Soldaten aus der 54. mechanisierten Brigade sich geweigert, Kampfbefehle ihrer Kommandeure an der Front durchzuführen, da vom Kommando bereits ein Beschluss zur Rotation der Brigade und zur Abreise aus der „ATO“-Zone gefasst worden war, und auch aufgrund von Rückständen bei den Soldzahlungen an die Soldaten und einer Erhöhung der Strafgelder für ausgedachte Vergehen. Der letzte Tropfen war das Fehlen von Mitteln zum Kauf von Zigaretten, die im Austausch gegen Büchsenfleisch beschafft werden mussten.

Derzeit läuft eine Untersuchung, dafür ist der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppe „Donezk“ in der Einheit eingetroffen und die Ankunft einer Kommission des Stabs der ATO wird erwartet.

De.sputniknews.com: UNO will den US-Angriff in Syrien nicht bewerten

Das UN-Sekretariat will die Legitimität des US-Angriffs in Syrien nicht bewerten, wie der Sprecher des UN-Generalsekretärs, Stéphane Dujarric, sagte. Dies berichtet am Dienstag der russische TV-Auslandssender RT.

Dabei soll Dujarric nicht erklärt haben, warum die UN keine Stellung bezüglich der Legitimität des Raketenangriffs der USA auf den syrischen Militärflugplatz Schairat nehmen wolle. Der Sprecher betonte, dass die Chemieattacke in Idlib sowie der US-Angriff keine Auswirkung auf die Position der UN hinsichtlich der Beilegung der Syrien-Krise hätten.

„Unsere Position hat sich nicht verändert. Sie besteht darin, dass man den politischen Dialog in Genf weiterführen muss. Wie wir auch zuvor gesagt haben, soll das syrische Volk selbst die Zukunft Syriens bestimmen“, ergänzte er.

Außerdem habe Dujarric dazu aufgerufen, so der Sender weiter, die Frage der Machterhaltung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad bei den Verhandlungen in Genf zu entscheiden. Damit soll er auf die Aussage von Nikki Haley, der US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, reagiert haben, welche versicherte, dass mit Assad in Syrien kein Frieden erreicht werden könnte.

Die Frage der Machterhaltung des Präsidenten Assad sei in der Agenda der Genfer Gespräche festgehalten, merkte er an.

Dabei hat Nikki Haley inzwischen mitgeteilt, dass die US-Administration über die Verhängung neuer Sanktionen gegen Russland nachdenke, und zwar wegen Unterstützung Syriens.

Daraufhin reagierte der russische Senator Alexej Puschkow mit den Worten, dass Trump „vor der Einführung der neuen Sanktionen gegen Russland drei Mal nachdenken sollte“.

Auch der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow soll sich diesbezüglich geäußert haben. Seines Erachtens zeugen die Aktivitäten der USA davon, dass sie nicht an

der Beilegung der Syrien-Krise arbeiten wollen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)
Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden hat der Gegner das Regime der Feueereinstellung viermal verletzt. Insgesamt wurden 40 Mörsergeschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen. In der Folge der Beschüsse wurden Wohnhäuser und Stromleitungen in Frunse beschädigt. Unsere Aufklärung stellt weitere Fälle von Unterschlagungen in den Lagern der ukrainischen Streitkräfte fest. So beträgt der Fehlbestand an **Munition im Lager für Raketenantillierewaffen** der 14. Brigade auf dem Gebiet einer Milchfarm in Tscherwonj Showtenj etwa 40 Prozent, die übrigen Geschosse werden **unter freiem Himmel gelagert**. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dieser Ort in der nächsten Zeit das Schicksal von Swatowo und Balakleja erwartet.
Und im Treibstofflager derselben Brigade, das sich in einem Gartenstück in Nishneteploje befindet, sind mehr als 20 200-Liter-**Behälter mit einer unbekanntem Flüssigkeit** gefüllt. Die Volksmiliz warnt die Einwohner der genannten Ortschaften vor möglichen Gefahren. Wie die Erfahrung zeigt, kümmern sich die ukrainischen Behörden nicht um Ihre Sicherheit, in diesem Zusammenhang ist also ein Aufruf zur Hilfe nur an internationale Organisationen erforderlich.
Kiew bringt Söldner an die Kontaktlinie. In der Mehrheit der Fälle sind dies **NATO-Instrukteure**, die die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte darin ausbilden, sie gegen das eigene Volk kämpfen müssen.
Ebenfalls sind **private Militärkompanien** an der Kontaktlinie, die friedliche Menschen gegen Bezahlung töten.
Am 9. April sind Mitarbeiter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Journalisten im Gebiet von Donezkij unter Feuer von Seiten der ukrainischen Truppen geraten. Am gleichen Tag haben Vertreter des Gemeinsamen Zentrums gemeinsam mit OSZE-Beobachtern die Schäden in der Ortschaft erfasst, haben die gefundenen Geschossüberreste zugeordnet sowie die Richtung bestimmt, aus der das Feuer kam, sowie sich mit örtlichen Einwohnern unterhalten, die Zeugen der Beschüsse waren. Aber in dem täglichen Bericht der OSZE-Mission kamen diese Ereignisse nicht zum Ausdruck.
Wir interessieren uns selbst sehr dafür, warum dieser Fakt im täglichen Bericht der OSZE-Mission keinen Ausdruck findet. Bezüglich des Beschusses vom 9. April wird vermutlich eine Untersuchung laufen, sie „ermitteln, überprüfen“, wie sie das nennen. Aber nun der Beschuss, der am 8. April war, wo ein friedlicher Einwohner verletzt wurde und, wir haben das gezählt, auch mehr als zehn Häuser beschädigt worden – sie haben diese Tatsache, warum auch immer, auch nicht aufgenommen.
Aber beim ersten möglichen Treffen mit den Vertretern der OSZE-Mission werden wir diese Frage stellen.

Ukrinform: Der ehemalige Präsident der Ukraine, Wiktor Janukowytsch, muss sich wegen Landesverrats vor Gericht verantworten.

Vor dem Kiewer Bezirksgericht Obolon beginnt am 4. Mai der Prozess gegen den Ex-Staatschef. Wie die Sprecherin des Gerichts Iryna Swynarenko mitteilte, wird den Prozess ein dreiköpfiges Richterkollegium unter dem Vorsitz von Wladyslaw Dewjatko leiten.

De.sputniknews.com: Gasstreit: Kiew will Gazprom Timoschenko statt Geld übergeben
Die Ukraine soll im Fall einer Niederlage vor dem Stockholmer Schiedsgericht in Bezug auf die Gazprom-Klage dem russischen Energiekonzern die ehemalige Premierministerin Julia

Timoschenko statt Geld übergeben. Dies schlug der ukrainische Premierminister Wladimir Groisman am Dienstag auf einer Pressekonferenz vor.

„Wenn wir gewinnen, wird die Gerechtigkeit gegenüber der Ukraine wiederhergestellt. Wenn es um Gottes Willen eine andere Gerichtsentscheidung geben wird, dann wird es sich um Dutzende Milliarden Dollar handeln“, sagte Groisman.

Bei dieser Summe handle es sich um die Folgen der Unterzeichnung des Gasvertrags durch Timoschenko. „Dann werden wir Timoschenko statt Geld übergeben müssen: Wenn sie das unterzeichnet hat, soll sie dafür auch die Verantwortung tragen. Warum sollen dafür die Ukrainer zahlen?“ empörte sich Groisman....



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31442/03/314420385.jpg>

Dan-news.info: Erklärung Puschilins und Dejnegos über die ökologischen Risiken, die in der Folge der Arbeit der Kohlebergwerke auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium aufkommen

Der Zustand der Bergwerke auf dem Teil des Territoriums des Donbass, das von Kiew kontrolliert wird, ruft ernsthafte Besorgnis in der Öffentlichkeit hervor. Der Kohleförderungsbereich der Ukraine ist schon lange unterfinanziert, was sich verhängnisvoll auf den Zustand der aufgegebenen und im Zustand der Liquidierung befindlichen Bergwerke ausgewirkt hat. Die aktiven Unternehmen entsprechend nicht den notwendigen Maßnahmen zur ökologischen und technologischen Sicherheit.

Die Ukraine hat versucht, die Bergwerke auf den Territorien der Volksrepubliken durch ein Verbot ihrer Wirtschaftstätigkeit sowie durch eine planmäßige Wirtschafts- und Transportblockade des Donbass stillzulegen. Höhepunkt dessen war der Erlass Poroschenkos vom 15. März 2017 über eine Einstellung des Güterverkehrs über die Kontaktlinie.

Es ist nicht gelungen, eine Krise zu erreichen. Die Republiken haben den Kohleförderungsbereich auf ihren Territorien unter Kontrolle genommen. Die Unternehmen führen weiterhin ohne Unterbrechung alle notwendigen Maßnahmen sowohl im Bereich der ökologischen Sicherheit als auch bei der Erhaltung der Ausrüstung und der technischen Systeme durch. Auf Grundlage einer bestätigten Entwicklungsprognose der hydrogeologischen Lage in den technogenen Niveaus und den Oberflächen der Bergwerke wurden optimale Schemata für die Entwässerung erarbeitet und realisiert, es sind Maßnahmen geplant, die eine Überschwemmung ausschließen. Es läuft ein regelmäßiges Monitoring der Flutung des ausgeschachteten Raums sowie der Luft, es laufen Vorbereitungen zum Bau von sicheren Wasserableitungskomplexen.

Was das von Kiew kontrollierte Territorium betrifft, so ist die Situation mit den aktiven Unternehmen schwierig. Dies hängt mit dem Mangel an Vorräten von Anthrazitkohle in den

Wärme Kraftwerken zusammen, der Abnutzung von Ausrüstung, dem Mangel an qualifizierten Spezialisten aufgrund von Lohnrückständen. Allein für die Jahre 2015 und 2016 ist die Ukraine ihren Bergleuten mehr als 400 Mio. Griwna schuldig geblieben. In den verlassen Bergwerken ist die Situation katastrophal. Wasserableitungssysteme werden nicht finanziert, das Flutungsniveau wird nicht kontrolliert. Dies wurde dank zuverlässiger Quellen in den Gewerkschaftsorganisationen und von Mitarbeitern, die zu uns gekommen sind, bekannt. Eine Überflutung der Bergwerke droht, mit ernsthaften Folgen vor allem bei der Wasserversorgung. Die hauptsächlichlichen Wasserwerke, von denen die LVR Wasser erhält, befinden sich in der Überflutungszone von Bergwerken, die auf dem von Kiew kontrollierten Territorium liegen.

Vorrangige Besorgnis rufen die Bergwerke „Toschkowskaja“, „Solotoje“, „Karbonit“, „Rodina“ und „Gorskaja“ hervor. Zur Garantie ihrer Sicherheit wurde von unseren Experten empfohlen, Maßnahmen zur Verstärkung der existierenden unterirdischen Wasserableitungen zu unternehmen oder Wasserableitungen mit Tauchpumpen zu bauen.

Alle oben aufzählten Faktoren, jeder für sich und in ihrer erschreckenden Gesamtheit, stellen eine ernsthafte Gefährdung für die Bevölkerung auf beiden Seiten der Abgrenzungslinie dar. Deshalb haben wir mehrfach die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die ganze Ernsthaftigkeit der entstandenen Situation gelenkt und bestehen weiterhin auf der Notwendigkeit einer schnellstmöglichen Inspektion der Unternehmen, die sich auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium des Donbass befinden, durch Spezialisten internationale gesellschaftlicher Organisationen und durch unsere Experten.

Der bevollmächtigte Vertreter der DVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe Denis Puschilin

Der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe Wladislaw Dejnego

De.sputniknews.com: Putin: **Neue Provokationen mit C-Waffen in Syrien in Vorbereitung** (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Nach der mutmaßlichen Giftgas-Attacke in Idlib warnt der russische Präsident Wladimir Putin vor neuen Provokationen mit chemischen Substanzen in Syrien.

Russland lägen aus "diversen Quellen" Hinweise darauf vor, dass "Provokationen mit chemischen Waffen in anderen Regionen Syriens, darunter auch im Raum Damaskus", in Vorbereitung seien, sagte Putin am Dienstag. „Darunter auch in einem südlichen Vorort von Damaskus, wo wieder eine chemische Substanz eingesetzt und der syrischen Regierung dann die Schuld zugeschoben werden soll“, so Putin nach einem Gespräch mit dem italienischen Präsidenten Sergio Mattarella. Damit antwortete der russische Staatschef auf die Journalistenfrage, ob die USA Syrien wieder angreifen könnten....

Moskau wird offiziell eine Ermittlung des Einsatzes von Chemiewaffen im syrischen Idlib bei den UN-Behörden in Den Haag beantragen, sagte Russlands Präsident Wladimir Putin am Dienstag....

De.sputniknews.com: Syrien: **Kämpfer liefern Giftstoffe als Provokation für USA – Russlands Generalstab**

Dem russischen Generalstab liegen eigenen Angaben nach Informationen vor, denen zufolge Kämpfer verschiedene Giftstoffe in die Stadt Chan Scheichun, nach Ost-Ghuta, in die Gegend westlich von Aleppo und an den Militärflughafen Jirah liefern. Ziel sei es, neue Raketenschläge der USA auf die syrischen Regierungstruppen zu provozieren.

Wie der Chef der Hauptverwaltung Operatives im russischen Generalstab, Generaloberst Sergej Rudskoj, am Dienstag mitteilte, ist das Ziel dieser Aktivitäten, einen neuen Anlass zur Beschuldigung der syrischen Regierung des Einsatzes von Chemiewaffen und die Provozierung von neuen US-Schlägen zu schaffen. „Wir warnen, dass solche Schritte unzulässig sind“, betonte Rudskoj...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31192/12/311921227.jpg>

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben heute tagsüber Mörserfeuer auf die Umgebung von **Donezk, Jasinowataja und die südlichen Dörfer der DVR** eröffnet. „Tagsüber gab es Beschüsse von **Trudowskije**. Nach vorläufigen Informationen wurde mit Mörsern geschossen“, teilte der Leiter des **Petrowskij-Bezirks von Donezk** Maxim Shukowskij mit.

Es wurden auch im **Kujbyschewskij-Bezirk** der Hauptstadt der DVR geschossen, wo das Volvo-Zentrum im nördlichen Teil der Stadt unter das Feuer der ukrainischen Streitkräfte geriet.

„Heute während des Tages wurden mit Mörsern verschiedenen Kalibers **Jasinowataja** und das Dorf **Shabitschewo** beschossen“, teilte der Bürgermeister von Jasinowataja Oleg Morgun mit.

Es werden auch Beschüsse von **Leninskoje im Nowoasowskij-Bezirk** festgestellt.

Nach Daten aus Berichten wurden auf die genannten Ortschaften von den Positionen der ukrainischen Einheiten aus mindestens 80 Mörsergeschosse der Kalibers 82 und 120mm abgeschossen.

Weitere Informationen über die Beschüsse werden noch ermittelt.

Ukrinform: Tillerson versichert Poroschenko: Keine Sondervereinbarungen mit Russland
Im Vorfeld des Besuchs des US-Außenministers Rex Tillerson in Russland haben er und der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko ein Telefongespräch geführt.

Wie die Pressestelle des ukrainischen Staatschefs mitteilte, versicherte Tillerson im Gespräch, dass die USA territoriale Integrität der Ukraine unterstützen und die Umsetzung des Minsker Abkommens fordern, insbesondere die Einhaltung der Waffenruhe. Der US-Außenminister betonte auch, dass es keine „Paket-Vereinbarungen“ hinsichtlich der Situation in der Ukraine und Syrien gebe.

Poroschenko bedankte sich bei den USA für die Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf gegen die russische Aggression und für die Nichtanerkennung der Krim-Annexion.

Im Gespräch wurden weitere Konsultationen nach dem Besuch von Tillerson nach Moskau vereinbart.

De.sputniknews.com: **USA oder Assad: Tillerson stellt Russland ein Ultimatum**

US-Außenminister Rex Tillerson hat Moskau laut der Agentur AP ein Ultimatum gestellt. Russland müsse sich entweder für gute Beziehungen mit den USA oder für die Unterstützung des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad, des Iran und der Schiitenmiliz Hisbollah entscheiden.

„Wir wollen das Leid des syrischen Volkes lindern“, zitiert die Agentur AP Tillerson. Russland könnte Teil dieser Zukunft werden und darin eine wichtige Rolle spielen.

„Oder aber Russland kann diese Gruppe weiterhin unterstützen, was aus unserer Sicht nicht seinen langfristigen Interessen entspricht“, so Tillerson weiter.

Am Mittwoch traf der US-Chefdiplomat in Moskau ein. Das russische Außenministerium hat seinerseits die Hoffnung auf konstruktive Gespräche geäußert. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist laut Außenminister Sergej Lawrow nicht nur für die russisch-amerikanischen Beziehungen, sondern „für die gesamte Atmosphäre in der Weltarena“ von großer Bedeutung.

De.sputniknews.com: Eurovision: Kiew hat Strategie gegen EBU-Sanktionen – Vize-Premier Kiew weiß, was zu tun ist, um EBU-Sanktionen zu vermeiden, die wegen des eingeführten Einreiseverbots für die russische Eurovision-Teilnehmerin gegen die Ukraine verhängt werden könnten. Dies sagte der Vize-Premier des Landes, Wjatscheslaw Kirilenko, im Gespräch mit dem ukrainischen Portal obozrevatel.com.

„Für alle negativen Folgen muss eine konsolidierte Entscheidung der Europäischen Rundfunkunion (EBU/European Broadcasting Union) vorliegen. So eine Entscheidung sieht spezielle Verfahren und Abstimmungen vor. Ich bezweifle, dass alle in der Europäischen Rundfunkunion große Freunde des Kremls sind, so Kirilenko.

Das von Kiew verhängte Einreiseverbot für die russische Eurovision-Teilnehmerin Julia Samoilowa könnte Folgen haben oder auch nicht. Dies bedeutet laut Kirilenko auch, dass eben auch keine Sanktionen erlassen werden könnten, weil dies nun eine offene Frage sei. Die negative EBU-Reaktion sei leicht zu verstehen, denn Russland sei ein großer Markt und es zahle Mitgliedsgebühren, so Kirilenko weiter.

Falls es nach dem Eurovision Song Contest doch dazu kommen würde, dass Sanktionen gegen die Ukraine in den Raum gestellt werden, habe Kiew vor, auf seiner Position zu bestehen und die Situation „zusätzlich zu erklären“, hieß es.

Zuvor war berichtet worden, dass der ukrainische Inlandsgeheimdienst (SBU) Samoilowa für drei Jahre die Einreise in die Ukraine verboten hatte. Zur Begründung wies die Behörde auf einen „illegalen Auftritt der Sängerin auf der 2014 von Russland annektierten Halbinsel Krim“ hin. Kiew bestraft Reisen auf die Krim über russisches Gebiet mit Einreiseverbot in die Ukraine.

Laut Medien schickte die EBU später einen Brief an den ukrainischen Premier Wladimir Groisman. Darin drohte die Rundfunkunion Kiew mit harten Sanktionen, falls die russische ESC-Kandidatin Julia Samoilowa die Einreise und damit die Songcontest-Teilnahme weiterhin verwehrt werden sollten.

Unter anderem wird der ukrainischen Seite nahegelegt, dass das „inakzeptable Einreiseverbot“ für Samoilowa gegen die Regeln und Traditionen des ESC verstoße, mehrere Länder sich deswegen für einen Boykott der Eurovision ausgesprochen hätten und künftig zudem auch ein Ausschluss der Ukraine vom Wettbewerb denkbar sei.

Dnr-online.ru: Eine Gedenkveranstaltung zum Internationalen Tag der Befreiung der Häftlinge der faschistischen Konzentrationslager fand heute im Donezker Jugendzentrum statt.

Organisator war das Ministerium für Jugend, Sport und Tourismus der DVR, es nahmen

Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges, ehemalige Häftlinge nazistischer Konzentrationslager, Schüler und Kursanten der Donezker Akademie des Innenministeriums teil.

„Mein Vater war Grenzschützer, ihre berühmte 105. Grenzschützereinheit traf an der Grenze auf die Faschisten, in Litauen. Als der Krieg begann, war ich drei Jahre alt. Ich befand mich ab dem 22. Juni 1941 in deutscher Gefangenschaft“, erzählte die ehemalige Gefangene eines nazistischen Konzentrationslagers Alla Smirnowa.

„Dank an die Veteranen für den Mut, für die Standhaftigkeit, für das Beispiel, das sie uns gegeben haben. Der Faschismus kommt nicht durch“, erklärte der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Jurij Siwokonenko.

Der internationale Tag der Befreiung der Häftlinge der faschistischen Konzentrationslager wird jährlich am 11. April begangen. An diesem Tag im Jahr 1945 erhoben sich die Gefangenen des Konzentrationslagers Buchenwald zum Aufstand. Insgesamt sind während des Großen Vaterländischen Krieges 18 Mio. Menschen durch die „Todeslager“ gegangen, 5 Mio. von ihnen waren Sowjetbürger.

De.sputniknews.com: Lugansk: Konfiskation von Donbass-Kohle ist „Banditen-Methode“
Die Entscheidung des Präsidenten der Ukraine, „gestohlene“ Kohle aus dem Donbass zu konfiszieren, wird von der selbsterklärten Volksrepublik Lugansk (VRL) als ein Übergang zu kriminellen Methoden wahrgenommen. Dies berichten russische Medien unter Verweis auf Rodion Mirotschnik, den Lugansker Unterhändler in der Minsker Kontaktgruppe.

Rodion Mirotschnik kommentierte am Dienstag die Initiative von Poroschenko, die Donbass-Kohle zu beschlagnahmen. Der ukrainische Präsident demonstrierte ihm zufolge damit das zunehmende Bestreben, zu „Banditen-Methoden“ zu greifen, wie es für radikale Kräfte typisch sei.

Der Lugansker Unterhändler in Minsk verwies auf die ausschließlich negativen Folgen dieser Entscheidung des ukrainischen Staatschefs. Kiew könne die Kohle nicht mehr als einmal beschlagnahmen, meinte er, denn danach würden seine Wärmekraftwerke „mit getrocknetem Mist heizen müssen“ und die internationalen Investoren würden „zehn Mal darüber nachdenken“, ob es sich lohne, in die Wirtschaft eines Landes zu investieren, das eine derartige Konfiskation praktiziere...



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31529/39/315293985.jpg>

De.sputniknews.com: **Zwei C-Waffenobjekte im Besitz syrischer Opposition** – Russlands Generalstab

Laut Generaloberst Sergej Rudskoi, Chef der Operativen Hauptverwaltung des russischen Generalstabes, befinden sich auf dem von der syrischen Opposition kontrollierten Territorium zwei Anlagen zur Produktion und Lagerung von C-Waffen.

Alle solchen Objekte auf dem von den syrischen Behörden kontrollierten Territorium seien zerstört worden, sagte der Militär.

„Zehn der zwölf Objekte zur Lagerung und Produktion chemischer Waffen sind vernichtet worden – das bestätigten Experten der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW). Die syrischen Behörden haben keinen Zugang zu den beiden letzten Anlagen, weil sie sich auf einem Territorium befinden, das unter Kontrolle der so genannten Opposition steht. Aus diesem Grund kann die OPCW die Vernichtung chemischer Waffen dort nicht bestätigen“, so der Militär.

Rudskoi verwies darauf, dass die Spezialausrüstungen der Anlagen zur Produktion chemischer Waffen im Zeitraum 2013 bis 2016 unter Aufsicht der OPCW außer Betrieb gesetzt und alle Trägermittel vernichtet worden seien.

„Die Bestände an toxischen Chemikalien wurden auf das US-Schiff ‚Cape Ray‘ geladen und dann in Betrieben der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands entsorgt“, sagte der Generaloberst.

De.sputniknews.com: Tillerson: Warum soll Ukraine-Krise Amerikaner interessieren?

US-Außenminister Rex Tillerson hat sich bei seinen G7-Kollegen erkundigt, warum sich amerikanische Wähler um die Krise in der Ukraine kümmern sollen, meldet Reuters.

Der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault teilte der Agentur zufolge mit, dass Tillerson offen gefragt habe, warum sich „amerikanische Steuerzahler“ für die Situation in der Ukraine interessieren sollten.

„Das ist im Interesse der amerikanischen Steuerzahler, das sichere, politisch und wirtschaftlich starke Europa zu haben... Sie wollen kein schwaches, in Kleinteile zerfallenes Europa“, antwortete Ayrault.

Am Dienstag war mitgeteilt worden, dass ein Telefongespräch zwischen dem amerikanischen Außenminister Rex Tillerson und dem ukrainischen Staatschef Petro Poroschenko stattgefunden habe. Dabei sagte Tillerson, dass die USA die territoriale Integrität der Ukraine unterstützen und zur Umsetzung der Minsker Abkommen aufrufen würden.